



199/2010

Kiel, 14. Dezember 2010

Themen der Plenarsitzung: Haushalt und Wahlrecht

Kiel (SHL) – Zu seiner nächsten Tagung kommt der Landtag ab Mittwoch, 15. Dezember, 10:00 Uhr, im Plenarsaal in Kiel zusammen. Im Zentrum der Plenarsitzung stehen der Doppelhaushalt 2011/2012, das neue Wahlrecht sowie wirtschafts- und verkehrspolitische Themen. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.

Mittwoch, 15. Dezember 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 4 + 11, 19, 33, 43, 44, 45, 46, 47 Haushaltsberatung 2011/2012:

- Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs 17/740, 17/741), Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Drs. 17/1042)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz), Gesetzentwurf der Fraktion des SSW (Drs. 17/652)
- Regierung an Sparplänen beteiligen, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/653)
- Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Verwaltungskosten der Landesregierung sowie Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/705), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 17/1087)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW (Drs. 17/1099)

- Mehreinnahmen für Kinderbetreuung und Schuldenabbau nutzen, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/1076)
- Ermäßigte Umsatzsteuersätze - Gleichbehandlung umsetzen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1094)
- Resolution zur Neuordnung der Verwaltung, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1095)
- Sozialvertrag III schließen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1096)
- Sozialvertrag IV schließen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1097)
- Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1098) , geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 240 Minuten.

Die Zweite Lesung im Landtag ist die letzte und höchste Hürde für den umstrittenen Sparhaushalt der schwarz-gelben Koalition für die nächsten beiden Jahre. CDU und FDP müssen wegen ihrer knappen Einstimmenmehrheit alle 48 Abgeordnetenstimmen in die Waagschale werfen, um das Zahlenwerk mit seinen Kürzungsplänen endgültig zu beschließen. Schwarz-Gelb will die Kreditaufnahme deutlich drücken – ein erster Schritt zu schuldenfreien Etats ab 2020. In den Ausschussberatungen der vergangenen Monate hatte die Opposition zahlreiche Vorhaben als unsozial gebrandmarkt und Änderungsvorschläge sowie eine Reihe von Resolutionen erarbeitet, die nun auch im Plenum debattiert werden. Es wird eine mindestens fünfstündige Debatte sowie ein einstündiger Abstimmungs-Marathon erwartet.

Die Landesregierung will mit dem Doppelhaushalt ihr langfristiges Ziel angehen, das strukturelle Defizit von derzeit 1,25 Milliarden Euro um 125 Millionen Euro jährlich zu reduzieren um bis 2020 ganz ohne neue Schulden auszukommen. Damit orientiert sich die Regierung an der Schuldenbremse, die seit Mai in der Landesverfassung verankert ist. Dies werde ohne „tiefe Einschnitte“ und „schmerzhafte Entscheidungen“ nicht möglich sein, hieß es bereits bei der Vorstellung des Haushalts im Sommer. Schleswig-Holstein steht derzeit mit knapp 26 Milliarden Euro in der Kreide und gibt jährlich eine Milliarde allein für Zinsen aus.

Der Etat hat ein Gesamtvolumen von 9,16 Milliarden Euro im Jahr 2011 sowie von 9,33 Milliarden im Jahr 2012. Der größte Posten sind die Personalausgaben – sie betragen knapp 3,5 Milliarden pro Jahr. Hinzu kommt jedes Jahr über eine Milliarde für Zinsen. Die Investitionen belaufen sich auf 859 Millionen (2011) beziehungsweise 796 Millionen (2012).

Nach der November-Steuerschätzung hat sich die Finanzlage des Landes leicht entspannt. Die Einnahmen des Landes liegen 2011 um 253 Millionen und 2012 um 263 Millionen über den bisherigen Ansätzen. „Jeder Steuer-Euro, der mehr als erwartet in die Kasse kommt, wird konsequent zur Senkung des Defizits genutzt“, heißt es dazu aus dem Finanzministerium. Die Landesregierung will deshalb die Neuverschuldung im nächsten Jahr auf 1,27 Milliarden Euro senken und im Jahr 2012 auf 1,02 Milliarden drücken – ein Rückgang um je rund 300 Millionen gegenüber den ursprünglichen Ansätzen.

Um die Sparvorgaben zu erfüllen, will die Landesregierung bis 2020 insgesamt rund 5.300 Stellen im Landesdienst abbauen. Davon entfallen knapp 900 Stellen auf die beiden Haushaltsjahre 2011 und 2012. Unter anderem sollen wegen der zurückgehenden Schülerzahl langfristig rund 3.600 Lehrerstellen gestrichen wer-

den. Durch den Wechsel des Kieler Meeresforschungsinstituts IFM Geomar von der Leibniz- zur Helmholtz-Gemeinschaft fließen mehr Bundesmittel in die schleswig-holsteinischen Hochschulen, das Land spart hierdurch jährlich rund 20 Millionen. Die Mediziner Ausbildung an der Uni Lübeck bleibt entgegen ursprünglicher Pläne erhalten, die Hochschule in der Hansestadt soll aber Stiftungsuniversität werden. Die Wirtschaftswissenschaften an der Flensburger Uni stehen vor dem Aus, und für das Uni-Klinikum UK S-H prüft die Landesregierung ab 2015 den Einstieg privater Investoren.

Küstenbewohner sollen sich mittels einer Küstenschutzabgabe am Deichbau beteiligen. Die kleine Justizvollzugsanstalt (JVA) in Flensburg soll 2013 geschlossen werden, Itzehoe soll 2020 folgen. Das Landesblindengeld wird für Erwachsene auf 200 Euro monatlich halbiert. Das Land kürzt seine Kulturförderung (etwa für die Theater, das Schleswig-Holstein-Musikfestival und das Landeskulturzentrum Salza) und will seine Zuschüsse für die Tourismus-Agentur TASH mittelfristig einstellen. Sozialprojekten wie Frauenhäusern und –beratungsstellen drohen Mittelkürzungen, und das Land will den dänischen Schulen künftig nur noch 85 Prozent des Schülerkostensatzes der deutschen Schulen zahlen. Das Land soll auch keine Zuschüsse mehr für die Schülerbeförderungskosten an die Kreise zahlen. Nachdem bereits zum Sommer das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr abgeschafft wurde, soll nun aber auch zusätzliches Geld in die Kitas fließen: Die Landeszuschüsse steigen von 60 auf 70 Millionen im Jahr. Und: Der Landesverkehrswegeplan garantiert Investitionsmittel für den Straßenbau.

CDU und FDP haben in den Ausschussberatungen eine Reihe von Änderungsanträgen zur Regierungsvorlage eingereicht. Für Schulsozialarbeit (plus 1,7 Millionen Euro ab 2012) und Lehrerfortbildung (plus 600.000 Euro) soll es ebenso mehr Geld geben wie für den Übergang vom Kindergarten in die Schule. Hier ist jährlich eine halbe Million für ein Modellprojekt vorgesehen. Auch die Hochbegabtenförderung, die Fachhochschule Wedel und schnellere Internet-Zugänge werden zusätzlich gefördert. Weniger Geld ist eingeplant für Dorferneuerung und Computertechnik in der Verwaltung. Auch die Fraktionszuschüsse im Landtag sollen um 556.000 Euro gekürzt werden, und die Landesregierung erhält rund 100.000 Euro weniger für Öffentlichkeitsarbeit und Dienstreisen. Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf fünf Prozent des Kaufpreises einer Immobilie will die Koalition um ein Jahr auf 2012 vorziehen. Damit müsste der Käufer eines 200.000 Euro teuren Hauses nicht mehr 7.000, sondern dann 10.000 Euro Steuer bezahlen. Die damit verbundenen Mehreinnahmen von 80 Millionen pro Jahr sollen ausschließlich in die Haushaltskonsolidierung fließen.

Die Vorschläge der Opposition:

Die SPD ist überzeugt, dass „im Bildungsbereich kaum Kürzungen möglich“ sind. Zudem warnen die Sozialdemokraten vor Einschnitten bei der „öffentlichen Daseinsvorsorge“. So soll das beitragsfreie dritte Kita-Jahr wieder eingeführt werden. Die SPD will pro Jahr 150 weniger Lehrerstellen abbauen als die Koalition und beim Landesblindengeld nicht kürzen. Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten sollen auch die Fraueneinrichtungen verschont bleiben. Eltern sollen nicht verpflichtet werden, sich an den Schulbuskosten zu beteiligen. Die Kita-Zuschüsse sollen auf 73 Millionen pro Jahr steigen, und die Theater sollen pro Jahr zwei Prozent mehr Landesmittel bekommen. Die Küstenschutzabgabe lehnen die Sozialdemo-

kraten ab. Zudem sprechen sie sich für den Erhalt und Ausbau der verschiedenen Sozialverträge mit den Wohlfahrtsverbänden aus. Die Regierung will hier 1,25 Millionen einsparen, während die SPD neben Suchthilfe, Gewaltprävention und Tafeln auch Familien, Jugendliche und Senioren im Rahmen von Sozialverträgen unterstützen will.

Um das zu finanzieren, will die SPD die Grunderwerbssteuer bereits 2011 anheben. Außerdem soll die einzelbetriebliche Förderung stärker zurückgefahren werden als von CDU und FDP vorgesehen. Außerdem erhoffen sich die Sozialdemokraten mittelfristig Einsparungen durch Strukturveränderungen in der Verwaltung. Städte, Kreise und Gemeinden sollen größere Einheiten bilden, damit Aufgaben vom Land auf die Kommunen übertragen werden können. Zudem soll der Kommunale Finanzausgleich überarbeitet werden. Hiervon erhoffen sich die Sozialdemokraten Einsparungen von 80 Millionen Euro jährlich, die zur Hälfte auf der kommunalen Ebene verbleiben sollen. Weitere 100 Millionen könne der Ausbau der norddeutschen Kooperation ab 2015 einbringen, so die SPD. Weitere Mittel sollen vom Bund kommen.

Die Grünen tragen einen Teil der schwarz-gelben Sparpläne mit –etwa die Küstenschutzabgabe-, wollen aber zusätzliche Akzente insbesondere bei Bildung und Klimaschutz setzen. Kürzen wollen sie unter anderem bei der einzelbetrieblichen Förderung, bei den Zuschüssen für den Schleswig-Holsteinschen Heimatbund und die Landwirtschaftskammer, bei der Hinterlandanbindung für die geplante Fehmarnbeltquerung und beim Markterkundungsgutachten für das UK S-H. Zudem sollen Fraktionen und Regierung Sparbeiträge leisten – etwa durch Gehaltskürzungen bei den Ministern und Staatssekretären. Demgegenüber lehnen die Grünen die Kürzung beim Landesblindengeld, bei den dänischen Schulen und bei den Frauenberatungsstellen ebenso ab wie die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten. Mittel aus dem Zukunftsprogramm Ländlicher Raum sollen in den Schulbau umgeleitet werden. Auch die Grünen wollen die Grunderwerbssteuer bereits zum Januar 2011 auf fünf Prozent aufstocken.

Kernpunkt der Haushaltsvorschläge ist ein „Bildungspaket“ mit Ausgaben von 100 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. Hierzu zählen eine „Kita-Qualitätsoffensive“, eine landesweit einheitliche Kita-Sozialstaffel und mehr Geld für Schulsozialarbeit. Die Grünen wollen pro Jahr 100 Lehrerstellen weniger einsparen als Schwarz-Gelb und bis 2012 insgesamt 1.250 neue Studienplätze schaffen. Auch die Grünen wollen zudem den Bund in die Pflicht nehmen. Sie fordern die Landesregierung auf, in Berlin einen Ausgleich für die Einnahmeverluste zu verlangen, die Schleswig-Holstein durch seine Zustimmung zu Steuersenkungen im Bundesrat hinnehmen musste. Hierbei gehe es um 400 Millionen Euro, so die Grünen.

Die Linken wenden sich strikt gegen die schwarz-gelben Sparpläne – sie würden zu einem „Armenhaus Schleswig-Holstein“ führen. Stattdessen sollen alle Kürzungsvorschläge im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie bei der dänischen Minderheit vom Tisch. Zusätzliche Mittel sollen vor allem in die Bildung fließen. Hier fordern die Linken beispielsweise eine dreijährige Gratis-Kita, mehr Geld für Schulsozialarbeit und Schulpsychologen, keine Streichung von Lehrerstellen und den vollen Schülerbeförderungskostensatz. An den Hochschulen soll es Extra-Geld für das Lehramtsstudium geben, und es sollen 2.000 neue Studienplätze entstehen.

Im sozialen Bereich macht sich die Linke unter anderem für das vollständige Blindengeld und die Frauenhäuser stark. Die Linke lehnt auch alle geplanten Personalkürzungen ab und fordert einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sowie den Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose. Die Küstenschutzabgabe lehnen die Linken ebenfalls ab. Das Verschuldungsproblem müsse über höhere Einnahmen gelöst werden, nicht über niedrigere Ausgaben, heißt es weiter. So will auch die Linke die Grunderwerbsteuer im Land rasch auf fünf Prozent anheben und - über den Bund - die Erbschafts- und Körperschaftssteuer sowie den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer erhöhen.

Der SSW betonte, die Schuldenbremse „geht auch sozialer“. Im Gegensatz zur Landesregierung will der SSW weniger bei Sozialverträgen und Jugendverbänden kürzen, das Landesblindengeld bewahren und die Gleichstellung der dänischen Minderheit erhalten. Außerdem sollen die JVA Flensburg und die Innovationsstiftung erhalten sowie die Küstenschutzabgabe vermieden werden. Dies will der SSW unter anderem durch Einsparungen bei den Kirchen und der Landwirtschaftskammer sowie durch den Verzicht auf schuldenfinanzierte Rücklagen ausgleichen. Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer, Gebühren für die Lebensmittelkontrolle und die Konsolidierungshilfe des Bundes sollen die Einnahmen des Landes erhöhen. Zudem verlangt der SSW in Einklang mit den anderen Oppositionsfraktionen einen stärkeren Einsparbeitrag von der Landesregierung, etwa bei den Ministergehältern. Werden die Vorschläge umgesetzt, dann ließe sich laut SSW die Schuldenaufnahme 2011 zusätzlich um 183 Millionen und 2012 um 123 Millionen Euro senken.

TOP 4 etc. Fortsetzung der Haushaltsberatung, geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Anschließend Abstimmung über den Haushalt 2011/2012, geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

TOP 9 Entwurf zur Änderung des Tariftreuegesetzes, Zweite Lesung, Gesetzentwurf der Fraktion des SSW (Drs. 17/39), Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/1080), geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Das schleswig-holsteinische Tariftreuegesetz läuft zum Jahresende aus und wird auch nicht verlängert. Ein SSW-Antrag aus dem vergangenen Jahr, der die Regelung über den 31. Dezember hinaus fortschreiben wollte, ist im Wirtschaftsausschuss am Veto von CDU und FDP gescheitert. Damit ist das Thema aber noch nicht zu den Akten gelegt. Denn: Auch SPD und Linke haben dem Landtag im Oktober eigene Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Tariftreue im Lande vorgelegt. Der Streit, ob öffentliche Aufträge nur an Firmen gehen dürfen, die den am Ort der Leistungserbringung vorgesehenen Tariflohn zahlen, schwelt seit Jahren. Während die Opposition die Tariftreue als Garant für auskömmliche Löhne ansieht, haben CDU und FDP rechtliche Bedenken. Das Tariftreue-Gesetz in Schleswig-Holstein gilt seit 2003 und ist bis Ende 2010 befristet. Öffentliche Aufträge des Landes in den Bereichen Bau, Abfallentsorgung, Schienen-Personennahverkehr und Busverkehr dürfen demnach nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Mitarbeitern den am Ort der Leistungserbringung gültigen Tarif zahlen. Der SSW will

die Tariftreue mit einem Verweis auf das Entsendegesetz des Bundes und auf bundeseinheitliche Tarife europafest machen und entfristen.

Anschließend Aufruf der Sammeldrucksache der 13. Tagung – ohne Aussprache -, geplanter Aufruf 17:35 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten

Donnerstag, 16. Dezember 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 12, 17 und 18 Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung sowie zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW (Drs. 17/1047), Gesetzentwurf der Fraktion der SPD (17/1070), Gesetzentwurf der Fraktionen CDU und FDP (Drs. 17/1081), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Nachdem die Fraktionen in den vergangenen Monaten unter der Moderation des Landtagspräsidenten intensiv über die vom Landesverfassungsgericht angeforderte Neugestaltung des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes beraten haben, liegen nun konkrete Vorschläge auf dem Tisch. CDU/FDP, Grüne/SSW sowie die SPD legen jeweils eigene Entwürfe vor.

Das Verfassungsgericht hatte im August das Zusammenspiel mehrerer Regelungen im Wahlrecht und der Verfassung für verfassungswidrig erklärt. Drei wesentliche Kritikpunkte sind der nicht vollständige Ausgleich von Überhangmandaten, die zu starke Abweichung der Größe der Wahlkreise untereinander und die mit 95 zu starke Abweichung von der in der Verfassung festgeschriebenen Zahl der Abgeordneten (69). Die Richter verlangen ein neues Wahlrecht bis Mai 2011 sowie Neuwahlen bis spätestens September 2012.

Die Vorschläge der Fraktionen:

Wahlkreise: Die Koalition und die SPD wollen die Zahl auf 35 reduzieren, Grüne und SSW streben 27 an. Die Zahl von derzeit 40 Wahlkreisen gilt als eine Ursache für das Anwachsen des Landtages nach der letzten Wahl.

Größe des Landtages: Schwarz-Gelb und Sozialdemokraten wollen die Sollstärke von 69 Abgeordneten aus der Verfassung streichen und im Wahlrecht festschreiben. Sie verweisen darauf, dass das deutsche Wahlrecht mit Erst- und Zweitstimme grundsätzlich die Möglichkeit beinhaltet, dass die Richtgröße von 69 übertroffen wird. Grüne und SSW wollen die Zahl 69 in der Verfassung beibehalten.

Zählsystem: Grüne und SSW wollen, dass die Wählerstimmen künftig nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers in Mandate umgerechnet werden. Die SPD will Sainte-Laguë/Schepers prüfen. CDU und FDP wollen beim System d'Hondt bleiben.

Ausgleich vom Mehrsitzen: Alle Vorschläge sehen –anders als im jetzigen Gesetz- einen vollen Ausgleich von Überhangmandaten vor. Auch dieses Thema hatte nach der letzten Landtagswahl zu Kontroversen geführt, weil drei Überhangmandate der CDU nicht mit Ausgleichssitzen für die anderen Fraktionen verrechnet wurden.

Wahlalter: Die SPD will erreichen, dass künftig auch 16-Jährige den Landtag wählen dürfen. Grüne, Linke und SSW hatten dies in der Vergangenheit unterstützt, Schwarz-gelb ist dagegen.

Wahltermin: Die SPD will den 13. November 2011 als Wahltag in der Verfassung festschreiben und macht ihre Zustimmung zu einer Herausnahme der Zahl 69 aus der Verfassung von einer Zustimmung zu dem von ihr vorgeschlagenen Wahltermin abhängig. Die übrigen Vorschläge enthalten keine solche Festlegung. Die Grünen machen sich aber ebenfalls für einen Wahltermin im Jahr 2011 stark, während die Koalition für einen Termin zwischen Mai und September 2012 plädiert.

Zweistimmenwahlrecht: Die Idee von CDU und SPD, zum Einstimmenwahlrecht für einen Wahlkreiskandidaten und eine Parteiliste zurückzukehren, ist vom Tisch. Hiergegen hatten die kleineren Fraktionen aufbegehrt, die häufig vom so genannten Stimmensplitting (Erst- und Zweitstimme gehen an unterschiedliche Parteien) profitieren.

Fahrplan: Nach der Ersten Lesung ist eine ganztägige Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss für den 9. Februar geplant. In der März-Tagung (23. bis 25.03.) soll das Gesetz verabschiedet werden.

TOP 10 Gesetzentwurf zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Zweite Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 17/744), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Jugendschutz im Internet soll durch ein einheitliches Kennzeichnungssystem für Web-Seiten ausgeweitet werden. Das sieht der 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor, den die Ministerpräsidenten im Juni in Berlin unterzeichnet haben. Nun müssen die Landesparlamente das Abkommen ratifizieren, damit es wie geplant zum 1. Januar 2011 in Kraft treten kann. Im Innen- und Rechtsausschuss ist das Vertragswerk allerdings zunächst durchgefallen. CDU und FDP brachten nicht genügend Stimmen zusammen, um sich gegen die Opposition durchzusetzen. Die lehnt das Vertragswerk geschlossen ab, weil es keinen ausreichenden Schutz für Kinder und Jugendliche bietet.

TOP 22 Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für Lübeck und Schleswig-Holstein, Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/718), geplanter Aufruf 11:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Im Sommer sorgten die Pläne der Landesregierung, die Mediziner-Ausbildung an der Uni Lübeck einzustellen, für massive Proteste in der Hansestadt. Ein Hauptargument der Uni-Unterstützer: Das Aus für die Medizin gefährde die Hochschule insgesamt und würde damit der gesamten Region wirtschaftlich schaden. Vor diesem Hintergrund stellten die Grünen im Juli eine Große Anfrage zur „regionalöko-

nomischen Bedeutung der Universität Lübeck für den Wirtschaftsstandort Lübeck und für Schleswig-Holstein“ an die Landesregierung. Jetzt liegt die Antwort des Wissenschaftsministeriums vor. Inzwischen ist die Schließung der Uni-Medizin jedoch vom Tisch, nachdem mit dem Bund ein neues Finanzierungsmodell erarbeitet wurde. Das betont das Ministerium auch mehrfach in seinem 18-seitigen Papier: „Die Schließung des Medizinstudienganges ist nicht mehr vorgesehen.“

TOP 57 Sicherheitsbericht für Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/368), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein ist nach Auffassung der Landesregierung „grundsätzlich stabil“. Das geht aus dem 135 Seiten starken Sicherheitsbericht des Innenministeriums hervor, der die Entwicklung von Straftaten und Polizei-Arbeit in den Jahren 2004 bis 2009 beleuchtet. Der SSW hatte das Papier angefordert. Der Bericht macht aber auch deutlich: Die Kriminalität liegt im Norden in vielen Bereichen über dem Bundesschnitt. So wurden im letzten Jahr bundesweit 7.383 Straftaten pro 100.000 Einwohner gezählt, in Schleswig-Holstein waren es jedoch 8.568. Dies ist der höchste Wert aller Flächenländer – nur die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen liegen noch höher. Seit 2004 ist die Zahl der Straftaten deutschlandweit um 8,7 Prozent gesunken, im Norden gab es lediglich ein Minus von 5,4 Prozent. Bei der Aufklärungsquote hinkt Schleswig-Holstein ebenfalls hinterher: Sie lag 2009 bei 49,2 Prozent, bundesweit waren es 55,6 Prozent.

TOP 28 Umsetzung der Tierschutznutztierhaltungsverordnung für Pelztiere, Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW (Drs. 17/1063), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Opposition dringt geschlossen darauf, dass die Nerzfarmen im Lande die im November in Kraft getretene neue Nutztierverordnung „zeitnah und zügig umsetzen“. Die Veterinärbehörden müssten im kommenden Frühjahr, wenn die Jungtiere in die Stallungen aufgenommen werden, sicherstellen, dass alle Pelztiere mindestens einen Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung haben, heißt es in dem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, Linken und SSW.

TOP 32 Biomasse im Rahmen der EEG-Novellierung nachhaltig sichern, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/1073), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Sowohl CDU/FDP als auch die Sozialdemokraten fordern neue Richtlinien für die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung. Die Landesregierung soll sich bei der für 2012 geplanten Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dafür einsetzen, dass Energiepflanzen wie Mais und Abfall wie Gülle oder Kompost möglichst effizient und Natur schonend eingesetzt werden.

TOP 38 Teilentwidmung des öffentlichen Hafengebietes für radioaktive Stoffe, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1089), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Linken befürchten, dass der für Anfang des kommenden Jahres geplante Transport von radioaktiven Abfällen aus dem Zwischenlager Ahaus (NRW) nach Russland über den Lübecker Hafen führen könnte. Sie haken deswegen bei der Landesregierung nach, ob die Hafentreiber in der Hansestadt sich gegen die Verschiffung des Atomabfalls rechtlich zur Wehr setzen können.

TOP 19 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes, Zweite Lesung, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW (Drs. 17/1099), ohne Aussprache

Freitag, 17. Dezember 2010, 10:00 bis 17:00 Uhr

TOP 61 Feste Fehmarnbeltquerung, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/996), Mündlicher Bericht, Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die geplante Fehmarnbeltquerung berichtet die Landesregierung über den aktuellen Stand des Mega-Projekts, das die Insel Fehmarn über die Ostsee mit der 20 Kilometer entfernten dänischen Insel Lolland verbinden soll. CDU und FDP haben den Bericht angefordert.

Brücke oder Tunnel? Zunächst galt eine 66 Meter hohe Schrägseilbrücke mit 270 Meter hohen Pylonen als praktikabelste technische Lösung für die Querung. Die staatliche dänische Planungsgesellschaft Femern A/S hat jedoch Anfang November eine Studie vorgestellt, wonach ein Absenktunnel um 80 Millionen Euro billiger wäre. Hierfür sollen 75 Meter breite und 73.000 Tonnen schwere Rohrelemente in einen zehn Meter tiefen Graben am Meeresgrund eingelassen werden. Auch ein Bohrtunnel ist dem Vernehmen nach noch im Gespräch. Eine grundsätzliche Entscheidung soll Anfang 2011 fallen, 2013 soll dann die genaue Trasse feststehen.

Teuer oder wirtschaftlich? Die Schienenanbindung auf deutscher Seite ist laut einem Gutachten des Bundesverkehrsministeriums aus dem November das wirtschaftlichste Bahnprojekt Deutschlands. Für jeden investierten Euro ergibt sich demnach ein wirtschaftlicher Nutzen von 6,70 Euro. Ein Gutachten des Bundesrechnungshofes hat im vergangenen Jahr jedoch Zweifel an der bisherigen Kostenplanung für die Hinterlandanbindung genährt.

Fluch oder Segen für die Region? Ende November haben die Industrie- und Handelskammern von Hamburg und Lübeck sowie die Kreise und Städte im Osten Schleswig-Holsteins die Querung in einem Gutachten als einen Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in der gesamten Region bezeichnet. Sie fordern den raschen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf deutscher Seite, damit sich Unternehmen möglichst bald an der neuen Verkehrsachse ansiedeln. Demgegenüber befürchten viele Bewohner Fehmarns Nachteile für den Tourismus, falls die Ferieninsel jahrelang zur Großbaustelle werden sollte.

TOP 39 und 40 Antrag zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung sowie Bericht zur Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1090), Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1091), geplanter Aufruf 11:10, geplante Redezeit 35 Minuten

Die meisten schleswig-holsteinischen Auszubildenden fühlen sich in ihren Betrieben wohl und geben ihren Lehrmeistern gute Noten, aber es gibt auch negative Ausnahmen, vor allem in der Gastronomie. Das geht aus dem jüngsten Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Nord hervor, der im November vorgestellt wurde. Vor diesem Hintergrund haken SPD und Linke nach. Die SPD fordert vom Land und von den Industrie- und Handels- sowie den Handwerkskammern anschaulichere Statistiken und schärfere Kontrollen in den Betrieben. Zudem müsse die Attraktivität der Lehre gesteigert werden, um auch künftig genügend Interessenten anzulocken. Die Linken wollen von der Landesregierung wissen, wie sie die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen überwacht, etwa die Qualität der Ausbildung, die Höhe der Vergütung oder den Ausgleich von Überstunden.

TOP 42 Für eine menschenwürdige und diskriminierungsfreie soziale und medizinische Versorgung u.a. von Asylsuchenden, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1093) ,geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Linken fordern, die staatlichen Leistungen für Asylbewerber und Ausländer mit unsicherem Aufenthaltsstatus mindestens auf das Hartz-IV-Niveau anzuheben. Um dies zu erreichen, soll sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz aus dem Jahr 1993 aufgehoben wird. Bundesweit gibt es rund 120.000 Asylsuchende, Geduldete und Menschen mit zeitweiliger Aufenthaltserlaubnis. In Schleswig-Holstein sind es etwa 4.300. Sie erhalten monatlich 225 Euro. In einigen Fällen, etwa in der Sammelunterkunft in Neumünster, wird dieser Betrag größtenteils in Form von Sachleistungen ausgezahlt, etwa durch ein Gemeinschaftsessen. Hier verbleiben den Flüchtlingen nur 40,90 Euro im Monat als Taschengeld. Zudem gebe es nur eine medizinische Notfallversorgung. Erst nach vier Jahren Aufenthalt haben die Betroffenen Anrecht auf die vollständigen Sozialleistungen.

TOP 50 Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.07. bis 30.09.2010, Bericht des Petitionsausschusses (Drs. 17/1046), geplanter Aufruf 12:20 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat im Berichtszeitraum 175 neue Petitionen erhalten. Davon richteten sich 77 Petitionen gegen die diskutierte Schließung der Justizvollzugsanstalt Flensburg. In drei Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen und den aus den vorigen Quartalen noch anhängigen Verfahren befasst. Im Berichtszeitraum sind 65 Petitionen abschließend behandelt worden, davon eine Gegenvorstellung in einem bereits abschließend beratenen Verfahren. Von den 65 Petitionen, die der Petitionsausschuss abschließend behandelt hat, erledigte er acht Petitionen (12,3 Prozent) im Sinne und 11 (16,9 Prozent) teilweise im Sinne der Antragsteller. 44 Petitionen (67,7 Prozent) konnte

er nicht zum Erfolg verhelfen. Zwei Petitionen (3,1 Prozent) sind im Laufe des Verfahrens zurückgezogen worden.

TOP 20 und 34 Gesetzentwurf zur Neuordnung des Glücksspiels und Antrag zu den Auswirkungen der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/1100), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1079), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

CDU und FDP preschen bei der Liberalisierung des Glücksspielmarktes vor und legen eine weitreichende und bundesweit bislang einmalige Neuregelung vor. Zwei Änderungen streben Christdemokraten und Liberale im Kern an: Zum Einen wollen sie am staatlichen Lotto-Monopol festhalten, den Vertrieb jedoch auch für private Anbieter öffnen, etwa an der Tankstelle oder per Internet. Zum anderen sollen staatliche Konzessionen für Sportwetten vergeben werden. Wettbüros, die zurzeit von Großbritannien oder Österreich aus den deutschen Markt bedienen, sollen sich nach dem Willen von CDU und FDP auch in Deutschland niederlassen dürfen – und hier eine Sportwettenabgabe entrichten. Die Koalition erhofft sich Mehreinnahmen für den Landeshaushalt, dem Vernehmen nach bis zu 60 Millionen Euro jährlich. Kritiker befürchten hingegen, dass die Unternehmen das Geld der Spieler in Steueroasen ableiten

TOP 48 Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/537neu), Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/557), Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/917), Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/949), Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/1034), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Trotz der aktuellen Turbulenzen um den Flughafen Lübeck-Blankensee ist die schwarz-gelbe Koalition nach wie vor im Grundsatz bereit, den Ausbau des Airports mit Investitionsmitteln des Landes zu unterstützen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Hansestadt ihr „Take-Off-Konzept“ nach den Vorstellungen der Landesregierung überarbeitet. Auch der SSW vertrat im Wirtschaftsausschuss diese Linie. Keine Mehrheit gab es im Ausschuss hingegen für die Forderung der SPD, das Land solle den Blankensee-Ausbau ohne Wenn und Aber mittragen. Alle anderen Fraktionen lehnten dies ab – auch Grüne und Linke, die die Expansion des Regionalflughafens grundsätzlich ablehnen. Die Grünen bekräftigen ihre Position in einem eigenen Antrag: Angesichts der schwierigen Haushaltslage und der Geschäftsentwicklung des Airports seien „die Entscheidungsgrundlagen für eine sinnvolle Investitionsförderung mehr als unsicher“.

TOP 49 Kostenlose Kontrazeptiva für Personen mit Leistungsbezug gemäß SGB II, SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und geringem Einkommen, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/912), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 20 Minuten

Verhütungsmittel sollen für sozial Schwache kostenlos werden. Mit diesem Vorstoß knüpfen die Linken an eine bundesweite Debatte an, im Landtag stoßen sie damit allerdings auf wenig Zuspruch. Im Sozialausschuss stimmten CDU und FDP gegen die Pläne der Linken, SPD, Grüne und SSW enthielten sich. Nach den Vorstellungen der Linken soll sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Krankenkassen bei Geringverdienern, Hartz-IV- und Sozialhilfeempfängern sowie bedürftigen Asylbewerbern für Pillen und Kondome aufkommen.

TOP 59 Bericht der Landesregierung zur Praxis der Entnahme von Blutproben, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/972), Bericht der Landesregierung (Drs 17/1044), Federführend ist das Innenministerium, geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

In einem von den Grünen geforderten Bericht über die „Situation bei der Entnahme von Blutproben im Rahmen der Strafverfolgung“ hat das Innenministerium seine Meinung bekräftigt, den sogenannten Richtervorbehalt zu kippen. Bei alkoholisierten Autofahrern dürfen bisher in der Regel nur Richter die Blutentnahme anordnen. In Ausnahmefällen ist diese Anordnung seit November 2009 auch Staatsanwälten und Polizisten erlaubt, etwa, wenn durch zu langes Warten auf richterliche Anordnung keine genauen Werte im Blut mehr festgestellt werden können. Laut Generalstaatsanwalt werde diese Regelung in Schleswig-Holstein unterschiedlich ausgelegt. Um Blutproben anzuordnen, wende sich zum Beispiel die Polizei in den Bezirken der Staatsanwaltschaften Lübeck und Itzehoe unmittelbar an die Gerichte. Im Staatsanwaltschaftsbezirk Flensburg müsse den Gerichten während der Dienst- und Bereitschaftszeiten ein staatsanwaltschaftlicher Antrag zugeleitet werden, außerhalb des richterlichen Bereitschaftsdienstes wendet sich die Polizei an die Staatsanwaltschaft.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die Dezember-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des Dienstag, 14. Dezember 2010, ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden Sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages können live im Internet mitverfolgt werden unter ltsh.de/ParlaTV. Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und im Internet unter www.okkiel.de.

Reihenfolge der Beratung der 13. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettaufzeichnung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Sofern zu den Redaktionsschlusssterminen einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde Anträge gestellt werden, erfolgt eine Anpassung der Reihenfolge der Beratung.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 15. Dezember 2010			
4 +	Haushaltsberatung 2011/2012:	240	10:00
11,	⇒ Gesetzentwürfe zum Haushaltsplan 2011/2012 sowie zur Änderung des Landesministergesetzes		
19,			
33,	⇒ Erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes		
43,			
44,	Anträge:		
45,	⇒ Regierung an Sparplänen beteiligen		
46,	⇒ Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung u.a. für die Mitglieder der Landesregierung		
47	⇒ Änderung der Geschäftsordnung des Landtages		
	⇒ Mehreinnahmen für Kinderbetreuung und Schuldenabbau nutzen		
	⇒ Ermäßigte Umsatzsteuersätze - Gleichbehandlung umsetzen		
	⇒ Resolution zur Neuordnung der Verwaltung		
	⇒ Sozialverträge III und IV schließen		
	⇒ Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich		
Mittagspause von 14:00 Uhr bis 15:00 Uhr			
4 u.a.	Fortsetzung der Haushaltsberatung	60	15:00
	Abstimmung über den Haushalt 2011/2012	60	16:00
9	Entwurf zur Änderung des Tariftreuegesetzes	35	17:00
	Aufruf der Sammeldrucksache der 13. Tagung – ohne Aussprache -	5	17:35
Donnerstag, 16. Dezember 2010			
12, 17, 18	Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung sowie zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein	60	10:00
10	Gesetzentwurf zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	35	11:00
22	Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für Lübeck und Schleswig-Holstein	35	11:35
57	Sicherheitsbericht für Schleswig-Holstein	35	15:00
28	Umsetzung der Tierschutznutztierhaltungsverordnung für Pelztiere	35	15:35
32	Biomasse im Rahmen der EEG-Novellierung nachhaltig sichern	35	16:10
38	Teilentwidmung des öffentlichen Hafengebietes für radioaktive Stoffe	35	16:45
19	Zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes – ohne Aussprache -	5	17:20
Freitag, 17. Dezember 2010			
7	Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein „Schutz von Kinder und Jugendlichen“	35	10:00
61	Feste Fehmarnbeltquerung	35	10:35
39 und 40	Antrag zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung sowie Bericht zur Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe	35	11:10
42	Für eine menschenwürdige und diskriminierungsfreie soziale und medizinische Versorgung u.a. von Asylsuchenden	35	11:45

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
50	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.07. bis 30.09.2010	5	12:20
20 und 34	Gesetzentwurf zur Neuordnung des Glücksspiels und Antrag zu den Auswirkungen der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten	35	15:00
48	Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee	35	15:35
49	Kostenlose Kontrazeptiva für Personen mit Leistungsbezug gemäß SGB II, SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und geringem Einkommen	20	16:10
59	Bericht der Landesregierung zur Praxis der Entnahme von Blutproben	35	16:30

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammel-drucksache 17):

TOP	
2	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung
3	Entwurf eines Geodateninfrastrukturgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (GDIG)
5	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung bei Bauprodukten
6	Gesetz zur Ausschließung des Vorverfahrens in Verfahren nach anwaltl. und notariellem Berufsrecht
8	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
13	Staatsvertrag über die Kooperation in der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA)
14	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein
15	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswaldgesetzes
16	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischereigesetzes
29	Zukunft der Landwirtschaft nach der Kommissionsmitteilung zur gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013
35	Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht
37	Überprüfung der GMSH einleiten
51	Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2008
52	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2008 sowie Bemerkungen 2010 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landshaushaltsrechnung 2008
54	Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem BVerfG gegen das Hessische Maßregelvollzugsgesetz
55	Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln
56	Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken
60	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2009

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

21	Die schleswig-holsteinische Erwachsenen- und Weiterbildung
23	Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein
24	Für Investitionen in die Schiene - gegen Gigalinerversuche in Schleswig-Holstein und bundesweit - Beratung wird für die Januar-Tagung mit einer Redezeit von jeweils 5 Minuten vorgesehen -
25	Mehr Lkw-Parkplätze an Schleswig-Holsteins Autobahnen schaffen - Beratung wird für die Januar-Tagung mit einer Redezeit von jeweils 5 Minuten vorgesehen -
26	Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicher stellen
27	Güter- und Schienenpersonenverkehr in Europa - Beratung wird für die Januar-Tagung mit einer Redezeit von jeweils 5 Minuten vorgesehen -
30	Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013
31	Eine europäische Nordseestrategie unterstützen - Beratung wird für die Januar-Tagung mit einer Redezeit von jeweils 5 Minuten vorgesehen -
36	Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern - Beratung wird für die Januar-Tagung mit einer Redezeit von jeweils 5 Minuten vorgesehen -
41	Atomülltransporte durch schleswig-holsteinisches Gebiet
53	Nachhaltige Entwicklung der Offshore-Windkraft
58	Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung - Beratung wird für die Januar-Tagung mit einer Redezeit von jeweils 5 Minuten vorgesehen -